

Für Selbstbestimmung und Würde

Zur Behindertenpolitik der PDS.

Von Detlef Eckert und Christian Schröder

Als im Herbst 1989 zehntausende Menschen für mehr Demokratie, für Freiheit und Realisierung der auch in der DDR proklamierten Menschenrechte auf die Straße gingen, waren unter ihnen auch Menschen mit Behinderungen. Sie rollten, humpelten oder tasteten über die Straßen und artikulierten ihre Vorstellungen von einem Leben in Selbstbestimmung und Würde. Nicht wenige von ihnen gehörten zur SED/PDS oder schlossen sich ihr gerade in dieser Zeit an. So gehörten mit Jürgen Demhoff und Ilja Seifert zwei sichtbar behinderte Menschen der PDS-Fraktion in der Volkskammer an. 1991 wurden gar drei behinderte Personen in den Parteivorstand der PDS gewählt. Besonders auf ihre Initiative hin wurden mehrere bedeutende Beschlüsse zur Behindertenpolitik der PDS gefaßt. Diese sind noch heute vollinhaltlich gültig. Mit wechselnder Intensität und Wirksamkeit arbeitete seit 1990 die AG »Selbstbestimmte Behindertenpolitik« des PV der PDS. Im Deutschen Bundestag wie auch in den ostdeutschen Landtagen wurden durch PDS-Abgeordnete, von denen einige auch selber behindert sind, umfangreiche Aktivitäten zur Umsetzung der Wahlaussagen der PDS entfaltet.

Trotz dieser und anderer unbestreitbarer Fortschritte bei der Konzipierung, Formulierung und Umsetzung der Behindertenpolitik der PDS sind seit einiger Zeit Tendenzen einer gewissen Stagnation, vor allem bei der Selbstvertretung, aber auch beim Aufgreifen, Artikulieren und Verfolgen behindertenpolitischer Ziele durch die PDS zu beobachten.

Um darauf aufmerksam zu machen, um möglicherweise gegensteuern zu können, um Bilanz zu ziehen und um neue Aufgaben zu formulieren, haben die AG »Selbstbestimmte Behindertenpolitik« und die Bundestagsgruppe der PDS die Initiative zur 1. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS ergriffen. Sie wird am 13. September 1997 in Berlin stattfinden. Dabei zeigten die Diskussionen im Vorfeld der Konferenz, daß es zu kurz gedacht ist, sie nur als Vorbereitung der Wahlkämpfe 1998/1999 zu begreifen. Notwendig ist auch ein Nachdenken und Bilanzziehen in der Frage der Erneuerung der PDS und das nachdrückliche Aufmerksammachen auf die grundsätzliche Bedeutung der Behindertenpolitik für die PDS: Eine menschengerechte, eine sozial gerechte und moderne Gesellschaft muß auch eine behindertengerechte Gesellschaft sein.

Notwendig: Behinderte Menschen einbeziehen

Im Mittelpunkt der Diskussionen auf der 1. Behindertenpolitischen Konferenz stehen die »Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte«. Sie wurden nach jahrelangen kontroversen Diskussionen am 20. Dezember 1993 von der Generalversammlung der UNO beschlossen und empfehlen zur Veränderung der diskriminierenden Lebenssituation behinderter Menschen Maßnahmen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Ausgangspunkt der UNO ist die Feststellung, daß »in allen Gesellschaften der Welt weitere Hindernisse bestehen, die es Behinderten unmöglich machen, ihre Rechte und Freiheiten wahrzunehmen und die ihnen die volle Teilhabe am Leben der Gesellschaft erschweren.«

Diese Situationsbeschreibung trifft auch für die Bundesrepublik zu. Vor allem im Bereich der Beschäftigung, der Mobilität, des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen sowie zu Kultur, Kunst und Freizeit sind erhebliche Einschränkungen und Bar-

rieren für Menschen mit Behinderungen gesellschaftliche Realität. Sie zu beseitigen, ist eine komplizierte, langfristige politische und zugleich sehr praktische Aufgabe, der sich die PDS auf allen Ebenen stellen muß. Deutlich wird allein aus der Aufzählung der Aufgabengebiete, daß Behinderten-Politik Querschnittscharakter hat und vor allem auf die Durchsetzung der Menschenrechte gerichtet ist. Dazu gehört auch Sozialpolitik. Die Wahrnehmung der Querschnittsaufgabe Behindertenpolitik verlangt Sachkenntnis, Kompetenz auf verschiedenen Gebieten und vor allem bewußte Einbeziehung und Beteiligung behinderter Menschen an der Lösung der Probleme. »Behinderte und ihre Organisationen sollen in diesem Prozeß eine Rolle als aktive Partner spielen« fordern die »Rahmenbedingungen« der UNO. Wenn in der Wahlstrategie der PDS (Stand 18.6.1997) als ein wichtiges Prinzip »die Ermutigung von Betroffenen, in die Politik einzugreifen« formuliert wird, finden sich hier Gemeinsamkeiten. Sie gilt es umzusetzen.

Bestandteil der Erneuerung der PDS

Die DDR war behindertenpolitisch vor allem vom Leitbild der Fürsorge geprägt. Es wurden, wie international üblich, Sonder- einrichtungen zur besonderen und effektiven Befürsorgung und Förderung behinderter Menschen aufgebaut. Fragen der Integration und Normalisierung spielten in diesem Konzept, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle. Zugleich gab es, vor allem für einige Gruppen von körperbehinderten, sehgeschädigten oder hörbehinderten Menschen gute Möglichkeiten, einer Erwerbstätigkeit uneingeschränkt nachzugehen. Auch ein breit ausgebautes System »geschützter Einzelarbeitsplätze und Abteilungen« in »normalen« Betrieben und Einrichtungen hatten Integrationseffekte zur Folge. Aber eine gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder war nicht gegeben.

Auch Fragen eines barrierefreien Bauens begannen erst in den 80er Jahren eine größere Bedeutung einzunehmen. Wesentliche Ursache, neben anderen, für diese und andere Defizite der DDR waren in Auffassungen begründet, »für« Menschen, »für« Behinderte, etwas zu tun. Die Partei, die Staatsorgane »wußten« was wichtig und gut für Menschen mit Behinderungen war. Behinderte Menschen zu fragen, sie in die politischen Diskussionen einzubeziehen und sie an Entscheidungen maßgebend zu beteiligen und so ihre aus der Lebenssituation erwachsende Kompetenz zu nutzen, war nicht gegeben. Erst mit der Wende 1989 konnten sich die Gesellschaft – am Zentralen Runden Tisch in Berlin – und in der SED-PDS auch Menschen mit Behinderungen für politische Funktionen bewerben, sie einnehmen und behindertenpolitische Forderungen austragen.

Auf PDS-Parteitag erhielten behinderte PolitikerInnen für ihre Beiträge viel Beifall, die von ihnen eingebrachten Beschlußentwürfe wurden oft ohne eingehende Diskussion bestätigt. Das Bemühen, nicht einfach *für* Menschen mit Behinderungen, sondern vor allem *mit* ihnen gemeinsam zur Verbesserung der Lebenssituation behinderter und chronisch kranker Menschen aktiv zu werden, war offensichtlich. Versäumt wurde jedoch, auch von den behinderten PolitikerInnen, diese Fortschritte durch entsprechende Strukturen zu untersetzen und zu festigen. Dieses Versäumnis wurde im Zusammenhang mit den Wahlen 1994/1995 offensichtlich. In verschiedenen Landesverbänden bewarben sich mehrere sichtbar behinderte Menschen für ein Mandat auf der Liste der PDS. Aber nur in Sachsen konnten sich behinderte KandidatInnen auf relativ günstige Listenplätze platzieren. Alle anderen BewerberInnen scheiterten, wenn auch nur knapp. Das darf sich bei den kommenden Wahlen nicht wiederholen. Das ist nicht einfach nur von Bedeutung für das parlamentarische Wirken der PDS, sondern hat weitgehende Auswirkungen für die Akzeptanz der PDS in den Behindertenverbänden der Bundesrepublik wie auch für die innere Verfaßtheit der PDS als politische Organisation. Sind behinderte Menschen in den Gremien der PDS nicht in ausreichendem Maße präsent, besteht die Gefahr, daß auch behindertenpolitische Probleme nur noch bedingt, auch durch die Vielfalt an-



Viele Hindernisse entstehen durch bauliche Barrieren

derer gesellschaftlicher Probleme, nur marginale Bedeutung in der Gesamtpolitik der PDS erhalten. Damit ist eine komplizierte Aufgabe, sowohl für die Delegierten der PDS-Parteitage, für die Parteivorstände wie auch für die Menschen mit Behinderungen in der PDS umrissen. Es gilt deutlich zu machen, daß »StellvertreterInnenpolitik«, d.h. Politik für Menschen mit Behinderungen, insbesondere auch für das Selbstverständnis der PDS, nur mehr oder weniger ein Notbehelf sein kann. Damit soll auf keinem Fall das Engagement der auf diesem Gebiet tätigen PDS-PolitikerInnen geschmälert werden. Aber mehrheitlich sollten sich hier doch selbstbetroffene PolitikerInnen tummeln. Die weitgehende Selbstvertretung behinderter Menschen in der PDS muß zur akzeptierten Normalität und zur erwünschten Notwendigkeit werden. Dazu gehört aber auch, daß sich in der PDS behinderte Menschen als sachkompetente und überzeugend auftretende Politikerinnen und Politiker präsentieren und als Kandidatinnen und Kandidaten anbieten.

Für Antidiskriminierungsgesetze

Im Jahre 1994 wurde, von der PDS von Anfang an unterstützt und gefordert, das Grundgesetz – Artikel 3 Absatz 3 um den Zusatz »Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden«, ergänzt. Als nächsten Schritt zur Herstellung der Chancengleichheit Behinderter forderte die PDS ein Antidiskriminierungsgesetz für die Bundesrepublik sowie eine einfachrechtliche Ausgestaltung des neuen Grundrechts. Das wurde von der Koalition, trotz verbal anders lautender Erklärungen, bisher strikt verweigert. Selbst der PDS-Antrag auf Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zur Fixierung und Auflistung aller im Recht und in der Rechtsprechung bestehenden diskriminierenden und benachteiligenden Tatsachen und Vorschriften, wurde im Bundestag abgelehnt. So gibt es drei Jahre nach der Grundgesetzergänzung keine juristisch relevante Veränderung der Situation.

Zu den ostdeutschen Sachfragen haben die PDS-Fraktionen, um in dieser Frage überhaupt etwas bewegen zu können, begonnen, Landesantidiskriminierungsgesetze zu erarbeiten. So stellte die Thüringische PDS-Fraktion am 5. Mai 1997 Eckpunkte

eines derartigen Gesetzes vor, auf deren Grundlage im Juni die Anhörung von Verbänden stattfand. Auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie in Mecklenburg-Vorpommern wurden durch PDS-Fraktionen entsprechende Anträge vorbereitet. Die bisherigen Ergebnisse der Diskussion sollten auch am 13. September Gegenstand der Diskussionen sein. Zugleich gibt es mit derartigen Entwürfen eine übergreifende, dem Querschnittscharakter der Behindertenpolitik entsprechende politische Orientierung, die Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit Behinderter auf Landesebene vorgeben. (Analoge Initiativen gibt es gegenwärtig noch in Bremen und Hessen.)

Hindernisse beseitigen, neue Barrieren verhindern

Wesentliche Hindernisse ergeben sich für Menschen mit Behinderungen aus der gegebenen und historisch gewachsenen Umwelt. Hier sind vor allem bauliche Barrieren zu benennen. Aber auch die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) offenbart die weitgehende Ausgrenzung mobilitätsbehinderter Menschen. Sonderdienste und Isolierung sind die Folge, natürlich auch erheblich höhere Kosten - in der Zukunft. In den Rahmenbestimmungen der UNO wird formuliert:

»Die Staaten sollen Maßnahmen zum Abbau bestehender Hindernisse ergreifen, die sich den Zugang zur baulichen Umwelt in den Weg stellen. Sie sollen Normen und Richtlinien ausarbeiten und den Erlaß von Rechtsvorschriften erwägen, um die behindertengerechte Gestaltung verschiedener Bereiche – Wohnungen, Gebäude, öffentliche und sonstige Verkehrseinrichtungen, Straßen, Plätze usw. – zu gewährleisten.«

Das Zitat umreißt ein ganzes politisches Programm. Hier war und ist die PDS aktiv. So unterstützten die Landtagsfraktionen die Forderungen der Behindertenverbände nach Aufnahme verbindlicher Vorschriften in die Landesbauordnung für barrierefreies Bauen. Aufgrund der gegebenen Stimmverhältnisse gelang das bis 1994/95 nur unvollständig und in sehr verschiedener Ausprägung. Hier sind erneute Initiativen notwendig.

In den Jahren 1995/96 wurden in den Landtagen, im Zusammenhang mit der Regionalisierung des Verkehrs, sogenannte Landes-ÖPNV-Gesetze beraten und beschlossen. Die PDS-Fraktionen rangen sehr prononciert dafür, daß die Belange behinderter Menschen zwingend fixiert wurden. Davon ausgehend gilt es jetzt, bei der Ausarbeitung und Abstimmung der kommunalen Verkehrspläne sowie bei geplanten Umbauten und Modernisierungen von Verkehrseinrichtungen entsprechende Forderungen zu formulieren und umzusetzen. Aber welche Erfahrungen gibt es hier vor Ort, in den Kreistagen, in den entsprechenden Gremien? Wie fließen diese Erfahrungen in die Tätigkeit der PDS ein, wie können sie gebündelt werden und in Aktionen einmünden? Auch das sollte ein wichtiges Thema der Konferenz sein.

Aus unserer Sicht sind die von uns benannten Problemkreise nur einige, die mit der Konferenz am 13. September aufgegriffen werden. Um Menschen mit Behinderung gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, um reale Chancengleichheit anzustreben und schrittweise herzustellen, sind umfangreiche und tiefgreifende Veränderungen notwendig. Diese müssen von der PDS außerparlamentarisch wie parlamentarisch auf allen Ebenen artikuliert und eingefordert werden. Behindertenpolitik ist Oppositionspolitik pur. Weitere behindertenpolitisch wichtige Politikfelder sind Bildung, Ausbildung, Arbeit, Erholung und Freizeit. Für diese und andere Bereiche bieten die »Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte« der UNO umfassende Möglichkeiten, parteiübergreifend Aktionen zu initiieren und aktiv zu sein.

Detlef Eckert ist Beauftragter für Behindertenpolitik bei der PDS-Bundestagsgruppe, Christian Schröder ist Sprecher der AG »Selbstbestimmte Behindertenpolitik« bei der PDS